

Ärztezeitung vom 31.7.2008

Tag der Heilberufe findet wenig Resonanz

Bayern zeigen im Vorfeld der Landtagswahl nur wenig Interesse an gesundheitspolitischer Diskussion

MÜNCHEN (sto). Aussagen von Politikern zur Gesundheitspolitik fallen in der Regel eher plakativ aus. Das Bekenntnis zum medizinischen Fortschritt gehört ebenso zum Standard wie der Ruf nach mehr Freiheit und Eigenverantwortung. Dass "mehr Geld ins System" muss, unterschreiben eigentlich alle, dass gespart werden soll, taucht allenfalls in Nebensätzen auf.



Die Präsidenten der fünf Heilberufekammern (l.) befragten Politiker.

Foto: sto

Diese Erfahrung mussten auch die fünf Präsidenten der Bayerischen Heilberufekammern machen, die im Vorfeld der Landtagswahl am 28. September jetzt bei einer öffentlichen Podiumsdiskussion in München den Versuch unternahmen, die Positionen der Parteien zum Gesundheitsstandort Bayern auf den Prüfstand zu stellen.

Die Resonanz der Bevölkerung auf den ersten bayerischen "Tag der Heilberufe", bei dem sich die Vertreter der Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Tierärzte und der Psychologischen Psychotherapeuten klare Aussagen und sogar Perspektiven erhofften, war eher bescheiden. Außer den von Berufs wegen Interessierten hatten sich nur einige wenige "Normalsterbliche" im großen Hörsaal der Pharmakologie der Universität eingefunden.

Vielleicht auch deshalb, weil sich allein in den vergangenen zwei Jahren in der ärztlichen Versorgung schon so viel verändert hat, dass die Patienten diese Veränderungen noch gar nicht richtig wahrgenommen haben, wie der Präsident der Bayerischen Landesärztekammer, Dr. Hellmut Koch, meinte. Den Bürgern und den Patienten müsse deshalb jetzt endlich ehrlich gesagt werden, dass es künftig "an der einen oder anderen Stelle" zu Rationierungen kommen werde, verlangte Koch.

Bayerns Sozialministerin Christa Stewens indes wies die Forderung, die Politik müsse über Notwendiges und weniger Notwendiges in der Medizin entscheiden, weit von sich.

"Da wären wir überfordert. Das ist Aufgabe der Selbstverwaltung", sagte sie. Ganz anderer Meinung war der FDP-Bundestagsabgeordnete Martin Zeil, der mit seiner Partei im Herbst nach mehr als einem Jahrzehnt wieder in den Bayerischen Landtag einziehen möchte: "Wir müssen über den Leistungskatalog reden", sagte Zeil und fordert mehr Marktwirtschaft im Gesundheitswesen.

Freier Markt im Gesundheitswesen sei ebenso falsch wie eine wachsende Staatsmedizin, gab Dr. Wolfgang Krombholz, stellvertretender Vorsitzender des Bayerischen Hausärzterverbandes und Kandidat der Freien Wähler für die Landtagswahl, zu bedenken: "In einem freien Markt wird der Patient zur Ware, in der Staatsmedizin ist er nur noch Kostenfaktor". Beides dürfe nicht sein, meinte Krombholz. Den Politikern attestierte er, einen "gesundheitpolitischen Mischmasch" angerichtet zu haben, "der uns nicht weiterführt".

Daran wird wohl auch diese Diskussionsrunde nichts ändern.
